

Suche



FAZJOB.NET: FAZFINANCE.NET

Märkte: F.A.Z.-Archiv: e-paper: Abo: Blogs: Services

Mein FAZ.NET: Login



14. Juni 2009

HomePolitikWirtschaftFeuilletonSportGesellschaftFinanzen
 ReiseWissenAutoComputerBeruf & ChanceKunstmarktImmobilienRhein-Main
 SonntagszeitungWirtschaft



Ausgabe vom 14.6.2009

- **Übersicht**
- **Politik**
- **Sport**
- **Feuilleton**
- **Wirtschaft**
- Seite 34 von 27-36
- **Geld & Mehr**
- **Gesellschaft**
- **Wissenschaft**
- **Reise**
- **Technik und Motor**
- **Immobilien**

FAZ.NET fragt

Steht die SPD auch im September vor einer Niederlage?

Ja, die Serie der Niederlagen wird sich im September fortsetzen

Nein, die Wahlbeteiligung war zu gering

Ja, Steinmeier ist ein zu schwacher Kanzlerkandidat

Nein, im Bundestagswahlkampf ist die SPD stärker

Abstimmen

→ Ergebnis

F.A.Z.-Angebote

→ **FAZJOB.NET**

→ **Gratis-Probeabo**

Typisch deutsch!

Die deutsche Nationalökonomie darf keinen nationalen Sonderweg gehen. Eine Außenansicht von Gebhard Kirchgässner

Es ist schon erstaunlich, was sich derzeit in Deutschland abspielt. Nachdem sie durch das Dritte Reich abgehängt wurde, hat die deutsche Nationalökonomie in den letzten Jahrzehnten in mühsamen Anstrengungen endlich wieder Anschluss an die internationale Entwicklung gefunden, wobei zwei früheren Vorsitzenden des Vereins für Socialpolitik, Heinz König und Hans-Werner Sinn, ein besonderes Verdienst dafür zukommt.

Dennoch verlangen nicht wenige Professoren wieder einmal einen deutschen Sonderweg: Die Deutschen sollten sich vom amerikanischen Vorbild abkoppeln, da dieses Volkswirtschaftslehre als Naturwissenschaft betrachte, und sich wieder an deutschen Vorbildern wie dem Ordoliberalismus orientieren und die Volkswirtschaftslehre als Sozialwissenschaft betrachten. Als wenn die Sozialwissenschaften eine nationale Angelegenheit wären und man nicht auch in Deutschland wüsste (oder zumindest wissen sollte), welche katastrophale Auswirkungen nationale Sonderwege im Wissenschaftsbereich haben können (und in aller Regel auch haben).

Man muss sich das vergegenwärtigen: Professoren der Volkswirtschaftslehre, die nicht müde werden, Wettbewerb und offene Märkte zu fordern, und die nur allzu häufig jene, die durch die Öffnung von Güter- oder Arbeitsmärkten schlechter gestellt werden, damit vertrösten, dass es langfristig dadurch allen bessergehen werde, versuchen sich, beziehungsweise ihre Auffassung von der richtigen Art, Nationalökonomie zu betreiben, durch Protektionismus zu schützen.

Gleichzeitig versuchen Professoren unter Verletzung sämtlicher akademischer Gepflogenheiten sich ungerufen in ein Berufungsverfahren in Köln einzumischen, da sie dort ihre Auffassung von Nationalökonomie gefährdet sehen. Und schließlich rufen 83 Professoren der Volkswirtschaftslehre zur Rettung der Volkswirtschaftslehre auf. Berücksichtigt man freilich, dass auch Rudolf Hickel und Roland Vaubel diesen Aufruf unterschrieben haben, wird deutlich, dass die Unterzeichner sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber haben, wie Volkswirtschaftslehre betrieben werden sollte. Einig sind sie sich wohl nur in der Ablehnung dessen, was sie als herrschende Lehre betrachten.

Was aber sind die Vorwürfe? Da steht zunächst die

Artikel-Service

- Drucken
- Versenden
- Vorherige Seite

FAZ.NET-Suche

FAZNET

Frankfurter Allgemeine Archiv

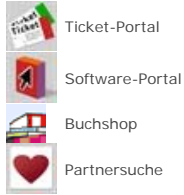
→ Profisuche → Suchhilfe

e-paper

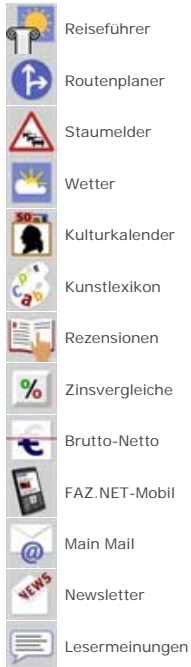
Zeitungstexte F.A.Z.

Zeitungstexte F.A.S.

FAZ.NET-Angebote



FAZ.NET-Services



Behauptung im Raum, die Mathematisierung der Volkswirtschaftslehre führe dazu, dass um der logischen Stringenz willen die Realitätsnähe der Analysen vernachlässigt werde. Nun ist nicht zu bestreiten, dass es in hoch- angesehenen internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften theoretische Arbeiten gibt, deren Bedeutung für die Lösung realer Probleme durchaus zweifelhaft ist. Es handelt sich dabei um die Lösung von Puzzles im Sinne von Thomas Kuhn, die vor allem die formalen Fähigkeiten des Autors demonstrieren sollen. Andererseits sind viele der rein verbalen Analysen, die sich zum Beispiel in deutschsprachigen Zeitschriften finden, stark ideologiegetränkt. Was schlimmer ist, darüber kann man diskutieren.

Mathematik ist nichts anderes als eine exakte Sprache, die es erlaubt, die Bedingungen, unter denen bestimmte Aussagen Gültigkeit haben, genau anzugeben. Dies mag hinderlich sein, wenn man sowieso zu wissen glaubt, wie die Wirklichkeit funktioniert, und sich deshalb nicht mehr genötigt sieht, sich auf detailliertere Analysen einzulassen. Nun sind mathematische Modelle immer in dem Sinn partiell, dass sie nur bestimmte Aspekte der Wirklichkeit betrachten und andere ausblenden. Dagegen wird häufig der Anspruch einer gesamtheitlichen Betrachtung ins Feld geführt. Schon Karl Popper hat jedoch aufgezeigt, dass derartige holistische Ansprüche nicht einlösbar sind und häufig nur ideologische Standpunkte kaschieren. Jede realwissenschaftliche Analyse, die etwas über die Wirklichkeit aussagen will, muss notwendigerweise von den meisten Aspekten der Wirklichkeit abstrahieren und sich einige wenige genau vornehmen. Wesentlich ist nicht, dass ein Ansatz allumfassend ist, was er auch nie sein kann, sondern dass er die für die Fragestellung relevanten Aspekte der Wirklichkeit hinreichend korrekt abbildet. Dass vielen Modellen aus dem Bereich der Finance dies gerade in letzter Zeit nur schlecht gelungen ist, ändert nichts an der grundsätzlichen Problematik.

Zudem hat der Systemtheoretiker Jay W. Forrester schon vor Jahrzehnten darauf aufmerksam gemacht, dass wir die Mathematik und die durch sie ermöglichten komplexen Modelle deshalb benötigen, weil wir mit unseren mentalen Modellen in aller Regel nicht in der Lage sind, komplexe Zusammenhänge adäquat zu erfassen: Unsere Intuitionen führen uns häufig in die Irre. Er sprach in diesem Zusammenhang vom "kontraintuitiven Verhalten sozialer Systeme".

Und schließlich ist die Mathematisierung notwendig, um Hypothesen an der Wirklichkeit überprüfen zu können. Da wir in der Makroökonomie keine Experimente veranstalten können, benötigen wir statistische Verfahren, um dennoch abgesicherte Aussagen machen zu können. Gerade hier sind in der jüngeren Vergangenheit deutliche Fortschritte zu verzeichnen, und sie haben erhebliche wirtschaftspolitische Relevanz. So konnte zum Beispiel mit Hilfe neu entwickelter ökonometrischer Verfahren gezeigt werden, dass ein großer Teil der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wirkungslos oder sogar kontraproduktiv ist: Die Maßnahmen verkürzen die Zeit der Arbeitslosigkeit nicht, manche verlängern sie sogar.

Einige deutsche Volkswirte fordern nun eine Renaissance des Ordoliberalismus, weil Institutionen in der herrschenden Lehre angeblich keine Rolle spielen. Dies gilt sicherlich für die Zeit der fünfziger Jahre, als Hans Albert die damals vorherrschende Art theoretischer Analyse als Modellplatonismus gekennzeichnet hat. Inzwischen aber werden jene Fragen, welche der Ordoliberalismus einst

thematisierte, im Rahmen der modernen Institutionenökonomik ausführlich diskutiert. Institutionelle Überlegungen haben in den Diskussionen der Ökonomen selten eine so große Rolle gespielt wie heute. So gibt es in den vergangenen Jahren eine ausführliche Diskussion über die Rolle politischer und ökonomischer Institutionen für das Wirtschaftswachstum. Zu ihr haben führende Kollegen aus Harvard und vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) wesentliche Beiträge geleistet. Dass in der Diskussion auch mathematische Modelle sowie moderne ökonometrische Verfahren zum Einsatz gelangen, dürfte kaum negativ zu beurteilen sein. Nationale Sonderwege sind heute nicht erforderlich, um die Ökonomen von der Bedeutung des institutionellen Rahmens für die wirtschaftliche (und gesellschaftliche) Entwicklung zu überzeugen.

Kritisiert wird auch, dass bei der Berufung von Professoren ausschließlich Publikationen in internationalen Zeitschriften den Ausschlag geben. Ob dies irgendwo tatsächlich der Fall ist, ist fraglich. Sicherlich aber haben Bewerber, die keine solchen Publikationen aufweisen können, in jenen Universitäten, die sich am internationalen Diskurs beteiligen wollen, keine Chance. Wenn man akzeptiert, dass die Nationalökonomie heute eine internationale Wissenschaft ist, gehört zur Qualifikation eines Professors, dass er in der Lage ist, sich an diesem Diskurs zu beteiligen. Selbstverständlich ist es Aufgabe einer Berufungskommission, sich die Schriften eines Bewerbers genauer anzuschauen und nicht allein auf den Publikationsort abzustellen. Nicht alles, was in einer guten internationalen Zeitschrift veröffentlicht wurde, ist erstklassig. Aber ohne solche Publikationen geht es nicht, wenn man nicht in die Provinzialität absinken will.

Am erstaunlichsten ist die gelegentlich in dieser Diskussion zu vernehmende Ablehnung des Prinzips der Wertfreiheit. Nach den grundlegenden Arbeiten von Hans Albert aus den sechziger Jahren hätte man eigentlich annehmen dürfen, dass dieses Prinzip nicht mehr in Frage gestellt wird. Diejenigen, die es ablehnen, haben entweder die ganze Diskussion nicht verstanden, oder sie fühlen sich dadurch in der Verbreitung ihrer politischen Überzeugungen unter dem Deckmantel der Wissenschaft eingeschränkt. Beides würde nicht für sie sprechen.

Dieses Prinzip ist zudem Bestandteil jeder liberalen Gesellschaftsauffassung. Während wir Entscheidungen über Tatsachenbehauptungen nicht selbst treffen müssen, sondern sie (im Prinzip) der Wissenschaft überlassen können, gilt dies für Wertaussagen nicht: Wir können über sie zwar mit wissenschaftlichen Argumenten diskutieren, aber wir müssen letztlich selbst (beziehungsweise in der Gemeinschaft politisch) entscheiden, welche Werturteile wir als richtig anerkennen wollen. Diese persönliche Verantwortung können wir nicht auf die Wissenschaft abwälzen.

Wenn die deutsche Nationalökonomie weiterhin international eine Rolle spielen soll, darf sie sich nicht in ein nationales Schneckenhaus zurückziehen. Das heißt nicht, dass es nicht weiterhin auch Lehrstühle für Wirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft geben soll. Aber auch die Inhaber dieser Lehrstühle sollten sich dem internationalen Wettbewerb stellen: Es gibt genügend internationale Zeitschriften, in denen man wirtschaftspolitisch relevante Arbeiten veröffentlichen kann. Eine von der internationalen Entwicklung abgekoppelte deutsche Nationalökonomie würde die wissenschaftliche Entwicklung in Deutschland kaum weniger ins Abseits

führen, als es die Deutsche Physik einst tat.

Gebhard Kirchgässner ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie und Direktor des Instituts für Außenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität St. Gallen.

Text: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.06.2009, Nr. 24 / Seite 34



[F.A.S. - Impressum](#)[Die Redaktion](#)[Kodex](#)[Kontakt](#)[Sitemap](#)[Hilfe](#)[Nutzungsbedingungen](#)
[Datenschutzerklärung](#)[RSS](#)[Mobil](#)
[Online-Werbung](#)[Anzeigen](#)[Leserportal](#)[Jobs bei der F.A.Z.](#)[Mehr über die F.A.Z.](#)

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2009

